

Herausgeber: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.
Redaktion: Breslau 1, Rifolafstr. 49/50 - Tel. Ring 2937

Schlesische

Annoncen-Expediton: Breslau 2, Gottschalkstr. 13.
Telefon für Inserate: Ring Nr. 8120 und Dble Nr. 1169.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch den Träger 1,40 Pf. für die Woche, 6.-Pf. für den Monat.
Durch die Post: 6,10 Pf. für den Monat.

Verlagsort: Breslau, Nr. 23886
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Maßstab: Die Originalen Millimetergröße über dem Raum 0 50 mm, anwärts 0,50 mm.
Zielen und Maßstab: Die Originalen Millimetergröße über dem Raum 0 50 mm, anwärts 0,50 mm.
Reklam: Die Millimetergröße, vertikal oder oben dem Raum im Text 3.- Pf.

Ein Erfolg Sowjet-Rußlands.

Zu Neval Verhandlungen mit Horthy-Ungarn.
Während alle Pazifisten Europas, alle alten Weiber, alle Silberlinge und Scheidemänner „flammende Proteste“ und wortreiche Resolutionen gegen die Wälderbande in Ungarn anlässlich der Budapesturteile losließen, hat Sowjet-Rußland gehandelt! Es hat den Herrschaften ohne große moralische Ergüsse kühl mitgeteilt, daß an das Leben der fünf Volkskommissare das Leben von Duzenden von Offizieren geleitet ist. Das half besser als das Geschrei der Anti-Terroristen um Ledebour, die sicher höchst pikiert über dieses terroristische Vorgehen der Sowjet-Republik sind. Schon vor mehreren Tagen wurde gemeldet, daß sehr prominente ungarische Adelsfamilien die Regierung bestürmten, die Volkskommissare zu begnadigen, da sie Söhne in russischer Gefangenschaft haben. Nunmehr hat der ungarische Minister des Äußern Teleki an den russischen Volkskommissar Tschitscherin eine Note gerichtet, in der er mitteilt, daß die ungarische Regierung bereit sei, Verhandlungen über das Schicksal der jüngst in Budapest verurteilten Volkskommissare anzubahnen, um den Leiden der ungarischen Gefangenen ein Ende zu setzen. Die russische Regierung wurde aufgefordert, Zeit, Ort, sowie Vertreter für diese Verhandlungen zu bestimmen. Tschitscherin sandte sofort darauf eine Antwortnote, in der er den Vorschlag annahm und mitteilte, daß Neval zum Verhandlungsort und Litwnew zum Unterhändler bestimmt sei. Das Leben der ungarischen Volkskommissare scheint also dank der Latkraft Sowjet-Rußlands gerettet.

Organisationen seien zum größten Teil entworfen. Glaubt das jemand? Auch der übrige Teil der Antwortnote besteht hauptsächlich aus Lügen.

Streik im Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg.
Melbung: Infolge der Ablehnung neuer Lohnforderungen haben im Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg die Metallarbeiter von 152 Betrieben die Arbeit eingestellt. Die Arbeitnehmer hatten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 60 Pfennig gefordert, die die Arbeitgeber ablehnten. Auch ein gefällter Schiedspruch wurde von der Arbeitgeberorganisation nicht angenommen. Die Angelegenheit wurde daraufhin dem Reichswirtschaftsministerium überwiesen, von wo aus jedoch inzwischen keine Schritte unternommen wurden, weshalb die Metallarbeiter am Montag morgen in den Streik traten. Falls das Reichswirtschaftsministerium nicht bald vermittelnd eingreift, besteht die Gefahr, daß der Streik einen weiteren Umfang annimmt.

Die Eisenbahnerbewegung.
Die Streik-Abstimmung der Eisenbahner in Berlin, Bremen, Frankfurt, Altona, Nürnberg ergab sehr starke Mehrheiten für den Streik.

Die bremsenden Wozzen.
Der Sechzehner-Ausschuß der unterzeichneten Verbände erläßt folgenden Aufruf: An die Eisenbahner! Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Forderungen der Eisenbahner-Organisationen sind am Montag, den 3. Januar, ausgenommen worden und werden am Mittwoch, den 5. Januar, im Reichsverkehrsministerium fortgesetzt. Die Regierung hat die Bereitwilligkeit ausgesprochen, innerhalb der Grenze des Möglichen alles zu tun, um die Notlage der Beamten und Arbeiter zu beheben. Die Regierung ist auch gewillt, die Verhandlungen mit besten Kräften zu beschleunigen und im Benehmen mit den Ländern so rasch wie möglich eine Vorlage an den Reichstag zu bringen, der sie gleichfalls vorzugsweise verabschiedet wird. Wir fordern sämtliche Eisenbahner auf, das Zustandekommen befriedigender Vereinbarungen jetzt nicht zu fördern und deshalb Aktionen zu unterlassen. Müßte es zu solchen kommen, so rufen die unterzeichneten Organisationen rechtzeitig dazu auf. Ueber die Verhandlungen wird, sobald positive Ergebnisse feststehen, eingehend berichtet werden. — Deutscher Eisenbahnerverband, Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Staatsbediensteter und Allgemeiner Eisenbahnerverband.

Die Gewerkschaftsbürokratie sucht also mit allen Mitteln die Aktion der Eisenbahner zu verhindern. Die Eisenbahner müssen sich den Abwegelungsversuchen der Gewerkschaftsbürokratie auf das Entschiedenste entgegensetzen. Nicht der gute Wille der Regierung wird der Not und dem Elend der Eisenbahner steuern. Die Arbeiter dürfen nur auf eigene Kraft bauen. Sie können ihre Ziele nicht durch Vereinbarungen mit der Regierung erreichen, sondern nur durch den Kampf.

Die Kompromißerei beginnt.
Melbung. Berlin, 3. Januar. Heute fand im Reichsfinanzministerium zwischen Vertretern der Reichsregierung und Vertretern der führenden Organisationen der Beamten und Arbeiterschaft des Reichs, insbesondere der Eisenbahner, in Anwesenheit von Vertretern der Länder eine Aussprache über die bestehende Notlage und deren Abstellung statt. Von beiden Seiten wurden die für die weitere Erledigung der Angelegenheit dienlichen Gesichtspunkte erörtert und durch die gegenseitige offene Schuldenerklärung der tatsächlichen Verhältnisse der Beamten und Arbeiterschaft wie der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Reichs eine allgemeine Orientierung geschaffen, die eine weitere Verhandlung ermöglicht. Am Mittwoch, den 5. Januar, werden die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Sechzehner-Ausschuß der Eisenbahner, am Freitag, den 7. Januar, zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund nebst Gutachterenausschuß aufgenommen werden.

Die Schanddaten gegen die Rotarmisten.

Eine Note von Viktor Kopp an Simons.
An das Auswärtige Amt
i. N. des Reichsministers des Auswärtigen
Herrn Dr. W. Simons
Berlin.
Herr Reichsminister!
Am 17. Dezember 1920 ist im Interniertenlager Minden der russische Internierte W. Kulga bei einem Versuch, sich ohne Urlaub aus dem Lager zu entfernen, von einem deutschen Wachtposten in der Entfernung von etwa 200 Schritt von der Lagerungszäunung erschossen worden.
Am 22. Dezember 1920 ist im Lager Hamoin der russische Internierte A. Klatschenko unter den gleichen Umständen erschossen worden. Seine Leiche wurde in einer Entfernung von etwa 150 Schritt von der Umzäunung gefunden. Der tödliche Schuß traf den Internierten in die Brust, also nachdem er stehen geblieben war und sich umgedreht hatte.

Am 27. Dezember 1920 wurde im Lager Minden an der Barackenwand die Leiche des russischen Internierten M. Wlorych aufgefunden, die alle Merkmale eines gewaltsamen Todes durch Erschießen trägt.

Kurz vor Weihnachten ist im Lager Parchim der russische Internierte J. Waremjaew unter ähnlichen Umständen ums Leben gekommen. Die näheren Umstände seines gewaltsamen Todes konnten bis jetzt noch nicht festgestellt werden, da die Lagerleitung sich weigert, dem russischen Lagerkomitee darüber nähere Angaben zu machen. Außerdem wird aus diesem Lager die Verwundung von drei weiteren Internierten, deren Namen noch nicht angegeben werden können, gemeldet.

In allen diesen Fällen kam der in den Lagern durch Maueranschlag bekanntgegebene, hier im Original beiliegende Befehl des Heeresabteilungs-Hauptamtes vom 6. Dezember 1920 zur Anwendung, dessen deutscher Text folgende Richtlinien für den Gebrauch der Schusswaffen aufstellt:

1. Wenn Internierte sich zusammenrotten und mit vereinten Kräften einen Ausbruch unternehmen.
2. Wenn Internierte mit eintretender Dunkelheit (von 5 Uhr nachmittags bis 7 Uhr morgens) entweichen oder zu entweichen versuchen, weil sie dadurch in erheblichem Maße die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährden.
3. Wenn ein Internierter sich der Ergreifung bei Versuch der Flucht tödlich oder durch gefährliche Drohungen widersetzt oder auf wiederholte Aufforderung oder nach vergeblichem Anruf von dem Fluchtversuch nicht abläßt.

Dieser Befehl, durch den das Leben zahlreicher wehrloser Internierter in die Hand von einzelnen Wachtposten gegeben wird, ist so lautschnurartig formuliert, daß die wahllose Anwendung von Waffengewalt dadurch nicht nur ermöglicht, sondern direkt provoziert wird. Der Punkt 1 gibt keine klare Bestimmung darüber, was unter einem Unternehmen zwecks Ausbruchs verstanden wird. In Punkt 2 bleibt zunächst unklar, ob seine Anwendung nur auf die Massenaktionen oder auch auf die Handlungen einzelner Personen vorgehen ist. In jedem Fall rechtfertigt nach diesem Punkt auch nur der Versuch des Entweichens Anwendung von Waffengewalt. Dadurch ist die Möglichkeit des Gebrauchs der Schusswaffe gegen einzelne Internierte auch innerhalb von Lagerwänden, ja sogar in den Baracken gegeben. Des weiteren enthält dieser Punkt die unglaublich klingende Verurteilung auf die angeblich Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und überläßt also dem Ermessen des einzelnen Postens, festzustellen, ob diese Gefährdung auch dann vorliegt, wenn irgend ein russischer Internierter Anstalten zur unerlaubten Entfernung aus dem Lager macht. Endlich im Punkt 3 wird jede unerlaubte Entfernung des einzelnen Internierten vom Internierungsort überhaupt als ein Fluchtversuch bezeichnet und unter Androhung des Erschießens gestellt. Das geringfügige Vergehen (unerlaubte Entfernung von der Truppe), das auch in den wohl-diszipliniertesten Armeen sehr häufig vorkommt und höchstens mit einigen Tagen Arrest geahndet wird, wird auf Grund

Protestdemonstrationen gegen das Horthy-Regiment.

Am Sonntag, den 2. Januar, fand in Berlin eine Protestkundgebung gegen die Verurteilung der ungarischen Volkskommissare statt, zu welcher die U. S. P. ohne vorherige Verständigung mit unserer Partei die Groß-Berliner Arbeiterschaft aufgerufen hatte. Durch die Teilnahme unserer Parteigenossen gestaltete sie sich zu einer großen Demonstration. Die große Mehrheit der Demonstranten wandte sich unseren Rednern zu. Diese schilderten den wahren Verlauf der ungarischen Revolution und beleuchtete das verräterische Verhalten der jetzt Verurteilten in der Zeit der ungarischen Rätereublik. Der Lohn der Bourgeoisie besteht darin, daß sie jetzt ihre damaligen Helfershelfer an den Galgen bringt. Ein neuer Beweis dafür, daß gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft nur rücksichtsloser Kampf angebracht ist. Unsere Redner ernteten überall den stürmischen Beifall der Versammelten.

Horthy-Bayern.

General Nollet erklärte, bei der geringen Zahl der Kommunisten in Bayern seien Einwohnerwehren in der jetzigen Stärke unnötig. Demgegenüber betont Bayern, wie der „Generalanzeiger“ berichtet, es handele sich keineswegs um Bayern allein und um eine bayerische Eigenbrödelei. Die bayerische Einwohnerwehr leistet vielmehr in ihrer Wirkung für die Aufrechterhaltung geordneter Zustände und für die Abwehr des Bolschewismus weit über die bayerischen Grenzen hinaus. Sie sei das Bollwerk für ganz Deutschland. Die Zustände im Ruhrgebiet usw. würden bald ganz anders aussehen, wenn die dortigen radikalen Elemente in ihren Umsturzplänen mit diesem Bollwerk nicht mehr zu rechnen brauchten. Dort komme man heute nur deshalb ohne Einwohnerwehr aus, weil in Bayern eine solche bestehe. Aus diesem Grunde sei die bayerische Einwohnerwehrfrage doch in erster Linie eine deutsche Frage. Deshalb nehme die deutsche Regierung sich ihrer an, und dies sei auch bestimmend gewesen für den Umschwung in der württembergischen Haltung gegenüber der Einwohnerwehr.

Besser konnte die Kapitalisation der deutschen Regierung vor Bayern nicht wiedergegeben werden.

Ausföhdig.

Die deutsche Regierung hat auf die Beschuldigungen in der französischen Note vom 31. Dezember 1920 in Bezug auf die Nichterfüllung der Entwaffnungspflichtungen in einer Note geantwortet, worin sie die Vorwürfe entkräftet. Sie sagt i. P., die Selbstschut-

dieses Punktes, wie die Praxis gezeigt hat, mit dem Tode durch Erschießen bestraft.

Dieses Vorgehen der deutschen Behörden steht beispiellos in der Geschichte der Internierung fremder Truppen auf neutralem Boden da. Weber bei der Internierung der französischen Truppen in der Schweiz im Jahre 1871 noch bei den aus dem Weltkrieg bekannten Fällen, wie z. B. die Internierung griechischer Truppen in Deutschland oder deutscher Truppen in Holland, ist etwas derartiges vorgekommen, obgleich es auch damals an Fällen der unerlaubten Entfernung von der Truppe sicherlich nicht gefehlt hat. Es war demnach den Anschein, als ob für die Behandlung der auf deutschem Boden internierten Truppen der russischen Sowjet-Republik ein Ausnahmerecht geschaffen und in Anwendung gebracht werden soll. Dieses Ausnahmerecht erfährt eine grausame Verschärfung dadurch, daß der russische Text der amtlichen Bekanntmachung im entscheidenden Punkte von dem deutschen Text abweicht: Die Worte des Punktes 3: "oder auf wiederholte Aufforderung oder nach vergeblichem Anruf von dem Fluchtversuch nicht abläßt" fehlen in dem russischen Text. Die unglücklichen Opfer haben also nicht einmal den genauen Wortlaut des Befehls gekannt, auf Grund dessen sie ums Leben gekommen sind. Dieses Verhalten der deutschen Behörden kann objektiv nicht anders gekennzeichnet werden als eine Provokation der russischen Internierten zur Entfernung aus dem Lager, um damit die Möglichkeit zur Anwendung von Waffengewalt zu schaffen.

Namens seiner Regierung erhebt der Unterzeichnete den entschiedensten Protest gegen die Leichtfertigkeit, mit der auf deutschem Grund und Boden mit dem Leben der russischen Staatsbürger umgegangen wird und gegen alle Maßnahmen, durch die diese Leichtfertigkeit zu einem System erhoben wird. Er bittet, die unverzügliche Aufhebung des angezogenen Befehls veranlassen zu wollen.

Er erwartet ferner strengste Untersuchung der angeführten Fälle der Anwendung von Waffengewalt und zur Verantwortungziehung aller derjenigen Personen, die durch unrichtige Wiedergabe des Befehls in russischer Sprache an den angeführten Vorfällen einen großen Teil der Schuld tragen.

Außerdem meldet er für die Familien der ums Leben gekommenen die Forderung auf Schadenersatz an und bittet um grundsätzliche Anerkennung dieser Forderung.

Unter Hinweis darauf, daß die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Regierung auf schnellste Erledigung der Angelegenheit das allerentschiedenste Gewicht legt, erachtet es der Unterzeichnete für seine Pflicht, zu betonen, daß die Fälle der Erschießung russischer Internierter in Deutschland sich in derselben Zeit ereignen, in der die Russische Sowjetregierung im Einverständnis mit dem deutschen Vertreter in Moskau die letzten Internierungslager in Rußland aufgehoben hat und durch die Zuweisung des Eisenbahnmateri als an Ventland sich bemüht, die Auslieferung der Gefangenen aus Rußland nach Möglichkeit zu beschleunigen. Diese Maßnahmen der Russischen Sowjetregierung, die darauf hinzielen, das Los der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland zu erleichtern und deren schnelle Heimkehr zu ermöglichen, können aber nur dann aufrecht erhalten und durchgeführt werden, wenn die Russische Sowjetregierung von der legalen Erfüllung der gleichen Pflichten durch die deutsche Reichsregierung überzeugt ist. Die ignominische Erschießung der russischen Internierten in Deutschland ist eine so ungeheuerliche Tatsache, daß sie geeignet ist, diese Überzeugung auf das schwerste zu erschüttern und der Russischen Sowjetregierung die Maßnahmen nahelegen, die sie im Interesse der Menschlichkeit lebhaft bedauern würde. Sie muß aber jetzt mit aller Entschiedenheit betonen, daß die Verantwortung für diese eventuellen Maßnahmen einzig und allein auf die deutsche Reichsregierung fallen würde.

Der Unterzeichnete benutzt diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Reichsminister, die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern. gez. Viktor Kopp.

Internationale.

Die Aufgaben der Armee.

Washington. Nach dem letzten Rapport des Kriegsministers Baker wurde die amerikanische Armee vom Juni 1919 bis Juni 1920 zwanzigmal eingesetzt, um Geleis und Ordnung aufrecht zu erhalten. In vierzehn Fällen von allen 20 wurden die Truppen dazu benutzt, Arbeiterstreiks zu unterdrücken.

Angenblicklich werden Truppen zur Aufrechterhaltung von Geleis und Ordnung gegen die streikenden Arbeiter von West-Virginia und Alabama verwendet. "Ansammlungen" von mehr als vier Personen sind überall da, wo der Belagerungszustand herrscht, für die Arbeiter verboten, während die bewaffneten Garden der Grundbesitzer ungehindert ihre "Pflichten" erfüllen dürfen.

Die Tatsachen widerlegen also aufs Schärfste die Behauptung des Kriegsministers, daß die Armee in den Kämpfen der Arbeiterklasse keine Partei ergreife.

Tschitscherin über die Ausweisung Martens aus Amerika.

Moskau. Der Volkskommissar des Äußeren Tschitscherin hat sich vor amerikanischen Pressevertretern über die Ausweisung Martens aus Amerika folgendermaßen ausgesprochen. Die Entlassung unserer Vertreter deportieren zu lassen, unangenehm gegenüber jeder Möglichkeit einer Verständigung mit Amerika.

Wir haben unseren Vertreter beauftragt, von allen Verhandlungen abzugehen, bis die Vereinigten Staaten ihren Entschluß ändern und so den Verkehr wieder möglich machen.

Amerika braucht die ungeheuren Vorräte an Sowjet-Holz an Rohmaterial. Nur durch einen wahren Frieden lassen sich diese Vorräte Sowjet-Rußlands nutzbar machen. Sowjet-Rußland selbst wird durch diese unverzügliche Haltung

weniger betroffen, als Amerika, das nur sich selber schadet. Wir wollen uns nicht dort aufdrängen, wo wir nicht erwünscht sind, weshalb wir unseren Vertreter auch beauftragt haben, sofort mit seinem Stab zurückzukehren.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

Der Volkskommissar für Äußeres Tschitscherin veröffentlicht in der Moskauer Presse folgende Mitteilung. "Am 30. Juni 1920 hat die englische Regierung der Sowjetregierung folgende 4 Grundsätze für Verhandlungen vorgeschlagen: 1. England und Sowjetrußland verzichten gegenseitig auf alle feindlichen Handlungen. 2. Zwischen beiden Staaten erfolgt ein Austausch der Kriegsgefangenen. 3. Beide Staaten entschädigen die Angehörigen des anderen Staates für persönliche und kommerzielle Verluste. 4. Beide Staaten entwerfen einen Vertrag über die Wiederaufnahme der gegenseitigen Handelsbeziehungen." Diese Bedingungen wurden bekanntlich von der Sowjetregierung angenommen, wovon die englische Regierung bereits am 10. Juli 1920 von der Sowjetregierung in Kenntnis gesetzt wurde. Die englische Regierung aber, welche noch bis vor kurzem das Juliabkommen anerkannte, hat gegenwärtig ihre Stellung vollkommen geändert. England will den von ihm selbst vorgeschlagenen Verpflichtungen ausweichen. Wegen dieses offenbundenen Vertragsbruchs hat die Sowjetregierung beschlossen, den russischen Vertreter in London, Krassin, zwecks einer in Moskau stattfindenden Besprechung abzurufen.

Finnland — Rußland.

Die Ratifikationsurkunden zwischen Finnland und Rußland wurden am Mittwoch in Moskau ausgetauscht, so daß der Friede zwischen Finnland und Rußland am Mittwoch, den 29. Dezember 1920, in Kraft getreten ist.

Sinowjew und Bucharin nach Italien?

(Moskau Wien.) Volkskommissar des Äußeren Tschitscherin hat an die italienische Regierung das Ersuchen gerichtet, Sinowjew und Bucharin die Einreisebewilligung nach Italien zu erteilen, um ihnen die Teilnahme an dem demnächst stattfindenden sozialistischen Parteitag in Florenz zu ermöglichen.

Republik Deutschland

Studenten.

Die "Weltbühne" veröffentlicht eine Kostprobe von Studentendichtung, die sich auf einem stillen Ort in der Staatsbibliothek findet:

Was ist Deutschlands höchste Pflicht, Will's noch lang im Staube wohnen? Brot und Arbeit seinen Treuen, Seinem Pöbel blaue Bohnen."

Dazu machte ein anderer ebenso sauberer Bursche folgenden Zusatz:

Wenn es euch an Kohlen mangelt, Dann verbrennt Berliner Juden, Werft unter eure Räder Proletarier und Juden."

Man muß schon sagen, die sogenannte „Zukunft unserer Nation“, die zukünftigen Richter, Staatsanwälte, Geheimräte u. dgl. Kulturträger mehr, haben die „humanistische Bildung“ an den deutschen Universitäten gründlich in sich aufgenommen, was auch die Marburger Studenten praktisch bewiesen haben.

Kelkame für Friedrich Adler.

Die bayerische Rahr-Regierung hat Fritz Adler aus Wien die Einreiseerlaubnis verweigert. Sie hat damit dazu beigetragen, den Kredit Adlers bei der Arbeiterklasse in Deutschland wieder etwas zu erhöhen. Einfluß reichstreichender Arbeiterführer auf das Proletariat ist für die Rahr-Regierung und für ihre reaktionären Bundesgenossen in Österreich das höchste Fundament.

Bayern bietet sich dem Ausland an.

Die „Freiheit“ meldet: Kurz vor Weihnachten hätte der bayerische Landtag die Regierung ermächtigt, einen Vertrag über eine Auslandsanleihe abzuschließen. Es handelt sich dabei um die Finanzierung der bayerischen Wasserkraftwerke, die unter Beteiligung von 700 Millionen Mark amerikanischen Kapitals betrieben werden soll. Die Debatte über diese Anleihe wurde in vertraulicher Ausschüßberatung geführt und die Öffentlichkeit sollte möglichst wenig von der ganzen Sache erfahren, weil es sich bei dieser „Finanzierung“ eigentlich um die Verschönerung der bayerischen Wasserkraftwerke an das Ausland handelte. Die Angelegenheit hat jetzt schon zu viel Staub aufgewirbelt, um noch weiterhin „vertraulich“ behandelt werden zu können. Selbst das Ausland interessiert sich lebhaft für diese neueste Schöpfung. So schreibt die „Bayerische National-Zeitung“ am 28. Dezember: „Die Tatsache einer Verpfändung der deutschen weißen Rasse an Amerika hat die allergrößte wirtschaftliche und politische Bedeutung. Die Angelegenheit wird aller Wahrscheinlichkeit nach noch sehr ernste Auseinandersetzungen zwischen dem Reich und Bayern nach sich ziehen. Sie gehört ihrer politischen Seite nach in das Kapitel der bayerischen Separationstendenzen und kann je nach ihrer weiteren Ausgestaltung die wirtschaftliche Kriegserklärung Bayerns an das Reich bedeuten. Die Öffentlichkeit ist von der bayerischen Regierung über die Tatsachen und Motive nicht aufgeklärt.“ Die bayerische bürgerliche Presse leugnet natürlich mit bekannter Gewandtheit die Verpfändung bayerischer Rasse an das Ausland ab, was nicht weiter wunder nimmt, wenn man erfährt, daß Herr Stinnes auch mit dabei ist.

Bethmann-Hollweg gestorben.

Der frühere Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg (Kriegsreichskanzler) ist am 1. Januar nach langer Krankheit gestorben.

1890 kam Bethmann als Freikonvertierter in den Reichstag. In seiner ersten Rede sprach er sich für die Beibehaltung des Sozialistengesetzes aus. Nach dieser Kraftprobe legte er sein Mandat nieder. Erst als preussischer Minister kommt er wieder ins Parlament. Weil er das Vertrauen des Kaisers genießt, wird er als Bülow's Nachfolger Reichskanzler.

Die Laufbahn dieses Mannes ist nicht zufällig, sie ist bestimmt durch die Entwicklung, wie sie einmal durch Preußen, dann durch die aufstrebende Großbourgeoisie gegeben war. Nur dieser Widerspruch konnte die Politik Bethmanns tragen — und sie stürzen.

War Bethmanns Stellungnahme für den deutschen Imperialismus nicht entschieden genug, so war sie für die deutsche Arbeiterschaft vollständig eindeutig. In den Novembertagen verlangten wir, daß dieser Mann, der Tausende Proletarier auf die Schlachtbank führt, vor ein Revolutionstribunal gestellt wird. Unser Ruf verstummte im Jauchzen der Mehrheitssozialisten. Und im Untersuchungsausschuß konnte Bethmann erhobenen Hauptes seine Politik verteidigen.

Bethmann ist tot, aber die anderen leben noch!

Im Krieg konnte Bethmann solange regieren, als es deutsche Waffenerfolge waren, die den Krieg beenden sollten. Da waren es die Interessen der Großbourgeoisie, die gefestigt durch die Erfolge auf den Kriegsschauplätzen, die Politik des Reiches bestimmten. Eine Änderung trat mit den militärischen Rückschlägen ein. Dieser Sachlage konnte sich Bethmann nicht anpassen. Er betrieb weder die Politik des Beauftragten der Großbourgeoisie Ludendorff, noch die der Demokraten und Mehrheitssozialisten, die den Krieg durch Friedensangebote zu beenden glaubten. Eingeklemmt zwischen diesen beiden Gegensätzen mußte er fallen.

Gewerkschaftliches.

Die Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.

Von Rich. Müller.
(14. Fortsetzung.)

Welchen Wert die Unternehmer auf die Arbeitsgemeinschaft legen, dafür einen weiteren Beweis:

Als nach der Reichstagswahl die Regierung gebildet werden sollte, da waren die bürgerlichen Parteien ernstlich verlegen um tüchtige Männer, denen sie das unsichere Regierungsschiff anvertrauen konnten. Sie wollten vor allem „Fachmänner“ haben. Sie glaubten, der bankrotte kapitalistische Staat könne aufgerichtet werden, wenn einige tüchtige Männer in der Regierung sitzen. Diese Illusionen werden allerdings mit jedem Tage mehr zerklüftet. Die bürgerlichen Parteien gingen auf die Suche nach „Nachministern“, nach „führenden Männern des praktischen Wirtschaftslebens.“ Diese führenden Männer lehnten alle ab, Minister zu werden, und warum? Die „National-liberale Korrespondenz“ gab darüber Auskunft, indem sie schrieb:

„In Besprechungen von führenden Männern des praktischen Wirtschaftslebens, die der Deutschen Volkspartei nahe stehen, mit den Führern der Partei ist die Meinung durchgedrungen, daß die heutige Wirtschaftslage, besonders in der Industrie, als recht kritisch angesehen werden muß und nicht gestatte, daß die in hervorragenden Stellungen stehenden Männer, deren es übrigens nur eine kleine Zahl gebe, aus diesen Stellungen ausscheiden. Ihrer Aufgabe, Führer der Wirtschaft zu sein, könnten sie augenblicklich am besten dadurch dienen, daß sie auf ihrem Posten bleiben und insbesondere auch ihre Stellung in der Zentralarbeitsgemeinschaft beibehalten, in der sie auch das Vertrauen der Arbeiter genießen. Dadurch werde unser Wirtschaftsleben am besten vor katastrophalen Erschütterungen bewahrt! . . .“

Es liegen sich noch hundert weitere Beweise dafür erbringen, daß die Unternehmer ihre ganze Hoffnung auf die Arbeitsgemeinschaften, auf die Gewerkschaften setzen. Die Gewerkschaften, die sich an der Arbeitsgemeinschaft beteiligen, aber in deren Sinne wirken, stützen die Bourgeoisie. Wer will das noch nach so viel Beweisen bestreiten?

Diese Tätigkeit der Gewerkschaften hat aber nicht nur wirtschaftliche, sondern eminent politische Bedeutung, denn sie sichert der Bourgeoisie die politische Macht. Die Gewerkschaften geben durch ihre Politik der bürgerlichen Klasse die Mittel in die Hand, mit denen die Arbeiterklasse niedergeschlagen wird.

Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet Erhaltung der Bourgeoisie, bedeutet den Untergang der Arbeiterklasse: das haben wir uns bei der Beurteilung der Gewerkschaftspolitik vor Augen zu halten!

(Fortsetzung folgt.)

Die Berliner Gewerkschaftsvorstände und Betriebsobente für die Stuttgarter Forderungen.

Am 29. Dezember fand eine Versammlung der Berliner Gewerkschaftsvorstände und Betriebsobente im Gewerkschaftshaus statt. Es wurde festgestellt, daß die Parteifaktionen folgende Stärke besitzen: Die S. R. D. 142, die U. S. F. D. 148, die B. R. D. 115 Stimmen. Gegenüber einer Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission brachte Genosse Kaspar eine Entschließung ein, die sich für die Stuttgarter Forderungen ausspricht, beim A. D. G. B. auf den sofortigen Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft hinzuwirken.

In der Abstimmung erhielt die Resolution Kaspar für die Stuttgarter Forderungen 198 Stimmen, die Resolution der Gewerkschaftskommission 128 Stimmen. Weiter wurde die Gewerkschaftskommission aufgefordert, für die von den Arbeitslosen an den Berliner Magistrat gestellten Forderungen einzutreten.

Breslau, den 5. Januar 1921.

Breslauer Eisenbahner für den Streik.

An der Urabstimmung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter, Direktionsbezirk Breslau, haben sich von 13 740 Mitgliedern 98 Prozent beteiligt.

Versammlung der Arbeitslosen.

Die am vergangenen Donnerstag im Gewerkschaftshaus versammelten Arbeitslosen forderten energisch vom Arbeitslosenrat Rechenschaft über sein Verhalten anlässlich der Vorfälle auf dem Palaisplatz.

Nachtrag zum Bericht über die Stadtverordnetenversammlung.

Genosse Gruschwitz erklärte zur Stadttheatervorlage folgendes: „Nachdem das Stadttheater zum Tummelplatz der besitzenden Klasse geworden ist, weil infolge der phantastischen Höhe der Eintrittspreise es dem Angestellten oder Arbeiter unmöglich geworden ist, das Theater zu besuchen,

hat das Stadttheater jeden Wert als Bildungsstätte für das Volk — und das ist doch seine eigentliche Aufgabe! — verloren. Es ist zum Vergnügungsetablisement der besitzenden Klasse geworden und es ist geradezu unerträglich, daß die Allgemeinheit eine so ungeheure Summe aufbringen soll — nur, um der besitzenden Klasse einen Genuß zu erhalten.

Es ist merkwürdig, daß der Magistrat, der doch gerade in letzter Zeit eine so große Sparsamkeit den viel berechtigteren Forderungen der Gemeindearbeiter und der Arbeitslosen gegenüber an den Tag legt, für derartige Zwecke solche gewaltige Geldmittel übrig hat.

Ganz gleich, ob die Rechtssozialisten aus meiner Stellungnahme — ihren Gesplogheiten entsprechend — ein Vaktieren mit der Reaktion sich herauskonstruieren, werde ich gegen die Vorlage stimmen.“

Wie vorausgesehen war, eröffnete der Hanswurst der S.P.D.-Fraktion im Rathaus, Herr Darf, seine Ausführungen mit dem Hinweis auf das Zusammengehen der S.P.D. mit der Reaktion, obgleich er ganz genau weiß, daß die Veranlassung dazu bei uns eine ganz andere ist, als bei den Deutschnationalen.

Die Vorlage wurde schließlich doch angenommen und aus Neue damit der besitzenden Klasse in Breslau ein Millionenengeld gemacht unter bereitwilliger Mithilfe der traurigen Gesellen von der S.P.D., die ihr Verhalten damit entschuldigen, daß drei ganze Vorstellungen im Monat für die Arbeiterschaft stattfanden.

Zum Dringlichkeitsantrag betreffs Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter führte Genosse Gruschwitz folgendes aus: Es ist geradezu lächerlich, wenn man sich die geringfügigen Lohnerhöhungen der Gemeindearbeiter betrachtet und damit den ungeheuren Wortschwall vergleicht, der hier lediglich deswegen losgelassen wurde, weil die städtischen Arbeiter es wagten, sich nicht mehr vom Magistrat zum Narren halten zu lassen.

Wenn hier auf einmal wieder die trostlose Lage der städtischen Finanzen erwähnt wurde — wohlan, vorhin bot sich ja die Möglichkeit der Sparsamkeit am rechten Orte! Aber für die Arbeiter und Angestellten hat man ja bekanntlich niemals Geld — für die Vergnügungen der Bourgeoisie aber wirft man die Millionen zum Fenster hinaus.

Geradezu toll aber waren die Worte, die Herr Bujakowsky über den ungeheuren Schaden, den dieser Streik für die Stadt bedeuten soll und über den „Terror“ der Arbeiterschaft, gebraucht hat. Sie, Herr Bujakowsky, haben kein Recht, über Terror zu reden, Sie und Ihre Partei, die durch das Verbrechen des Rapp-Butschkes unermeßliches Elend über diese Stadt und das Reich und Volk gebracht

haben. Und wenn Sie nach Strafe rufen — nun, wo ist die Sühne für die Verbrecher und Morde, für die Ermordung Schottlaenders? (Stürmischer Beifall im Zuhörerraum, der größtenteils von Gemeindearbeitern besetzt war.) Ueber die geschlossene Front der bürgerlichen Parteien wird die Arbeiterschaft zur Tagesordnung übergehen und wenn ihre Lebensbedingungen weiter sich verschlechtern, wird sie wieder streiken. (Lebhafter Beifall.)

Reißt der Geduldsfaden?

Uns wird mitgeteilt: Eine Protestkundgebung Breslauer Wohnungsuchender fand am Sonntag vormittag im Vinzenzhaus statt. Seitens des Magistrats war Stadtrat Witte erschienen, der zugab, daß große Mißstände bestehen und durch Beamte verursacht werden. Viele Beamte seien deshalb schon entlassen worden, bei anderen sei die Untersuchung noch im Gange. Leider verlagen aber in vielen Fällen die Zeugen. Der Vorsitzende des Mietervereins, Müller rief den Anschluß der Wohnungsuchenden an diesen Verein. Es wurde eine Kommission gewählt und eine Entschließung gefaßt, in der u. a. verlangt wird, daß die Wohnungsuchenden beim Wohnungskommissar sich und Stimme erhalten und daß sie bei Verschleppung von Wohnungen und der Zuteilung derselben zugelassen werden.

Die Behandlung der Wohnungsfrage durch die Behörden und die Behandlung der Breslauer Obdachlosen durch das Wohnungskommissariat schreit zum Himmel. Der Protest und die „Kommission“ werden freilich wenig nützen. Die Räte ereignung wird die Wohnungsfrage schnell und für die Massen befriedigend zu lösen wissen.

Achtung!

Alle Parteioorganisationen werden gewarnt vor einem gewissen Willi Selbia, nennt sich auch Schredenberg oder v. Erdzil. Er ist von kleiner Statur, spricht Berliner Dialekt, hat schwarzes Haar, keinen engl. Schnurrbart, gebogene Nase, an den Händen Tätowierungen. Er versucht, Unterstellungen zu erlangen und gibt an, politischer Flüchtling zu sein. Er ist ein gemeiner Betrüger. B. K. P. D., Ortsgruppe Breslau. Um Abdruck in allen Parteizeitungen wird gebeten.

Warnung!

Internationaler Bund der Kriegsoffer. Donnerstag, den 6. Januar, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung, Karelle, Malergasse. Wichtige Tagesordnung. (Ortsgruppe Breslau.)

Kommunistische Jugend.

Donnerstag, den 6. Januar 1921, abends 7 1/2 Uhr, Saale Minoritenhof, Gedenkteiler für unseren verstorbenen Freund Max Müller.

Reinhold Schünzel in der „Schauburg“ (Victoria-Theater).

Es ist der Dichtung gelungen, den bekannten und beliebten Filmstar Reinhold Schünzel für ein kurzes Gastspiel zu gewinnen. Schünzel hatte bereits im November v. J. sein Gastspiel gegeben, konnte aber infolge Krankheit nicht eintreffen. Schünzel ist heute der populärste Filmstar, außerdem Mitbegründer von zwei großen Film-fabriken. Das Gastspiel findet vom 7. bis 13. Januar statt und werden die Eintrittspreise der großen Umfänge wegen pro Platz nur um 1.— Mk. erhöht werden. Schünzel wird sich in seinem reizenden Lustspiel seinen Breslauer Kinofreunden persönlich vorstellen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Fritz Ulbrich; für Inserate: Liebmann & Meyer. Druck: Buchdruckerei Hüffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater. Mittwoch 7 Uhr: Tosca. Lobe-Theater. Täglich 7 1/2, 11 Uhr: Die fünf Frankfurter. Mittwoch 3 1/2 Uhr: Strumpfpeter. Chalia-Theater. Täglich 7 1/2, 11 Uhr: Die Wildente. Mittwoch 3 1/2 Uhr: Kofkappchen. Schauspielhaus. ersten Bühne. D. N. N. 25-25 Täglich 7 1/2, 11 Uhr: Der letzte Walzer.

Liebig-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Gänzlich neues Programm.

Ober-Bayern. Gartenstr. 65. Täglich die urfidelen Oberlandler Humor, Stimmung, Gaieté.

St. Hubertus-Salle. Friedrich-Wilhelm-Strasse 32. Jeden Mittwoch und Sonntag groß. Öffentl. Tanz. Vornehm Musik wozu erg. einladet Richard Engel u. sein Fran. Andlerpreisliste gratis Koller, Nikolaistr. 16/17

Ronkurrenzlos jede Menge. Josef Heferbar. Preis nur gült. sofort. Kauf, da sehr leicht. Ia. Waschseife. Doppelstück 4, 4.70 u. 5 M. 100 Stück 390, 450 u. 480 M. Kernseife. acht Doppelstück 6,00 M. bei 100 Stück 5,90 M. Schokolade 100 Gr. 4.50 u. 5.20 M. Rauchtabak, 100 Gr. 4 M., Rad Hund 18 M., Zigaretten, Zigaretten haltbar, Sternzwirn, Leinen, 25 m, 100 Sterne 5 M. Lippert, Weissgerberg, 43.

Achtung! Wo? kauft man neue und gebr. Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten? Bei H. Kluge, Neumarkt 12, nur i. Etg.

Dr. H. Koltonski. Frauenarzt. verzoogen von Gartenstr. nach (alte) Taschenstr. 25. Nähe Ohlauerstr. Fernspr. jetzt: Ring 8411.

Wichtig für Schneider, Schneiderrinnen! Wichtig für Händler, Hausierer u. Wiederverkäufer! Maschinengarn, garantiert 200 Meter, kein Papier, Rolle nur 2.00 Mk. Versand nach Auswärts per Nachnahme, Erich Fränkel, Breslau 5, en gros u. en detail Grabsphonatr. 71 Eingang Reichstr. 2 (offener Laden) Haltestelle der Linie 10 (Grab-Strßen.)

Bekanntmachung. Die im Aufendienst stehenden Angestellten meiner Geschäftsstelle sind im Kalenderjahr 1921 mit grünen Ausweisarten versehen. Der Wohnungskommissar der Stadt Breslau.

Gasdiebstahl. Gasleitungen, die von uns zwangsweise gesperrt worden sind, werden häufig von den Wohnungswaherern oder anderen unbefugten Personen eigenmächtig geöffnet, um aus ihnen Gas zu entnehmen. Derartige widerrechtliche Gasentnahme wird als Gasdiebstahl angesehen und von uns ohne Ausnahme gerichtlich verfolgt. Städtische Gaswerke.

Frauen-Periodenstörung. Wenn alles verfaßt, dann nehmen Sie bei und Unregelmäßigkeiten meine taufenfach bewährte Präparate. Preis M. 17.— u. 25.—. Viele freim. Dankschreib. Ferner empfehle: Gummiwaren für Damen und Herren, Spülspitzen, Irrigatoren, Leib- u. Monatsbinden. Katalog gegen Einsendung von M. 1.—. Frau A. Gebauer. Breslau 6, Ur. Defauer Straße 1, II. Ede Friedr.-Wilh.-Str. 36.

Kranke. Harnröhren-, Haut- und Geschlechtskrankheiten behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von ausgeheilten Patienten. Heilanstalt Franz Joschke, Palastr. 22, II. Tel. Ohle 1924. 9-1, 3-7, Sonntags 9-12.

Großer Inventur-Ausverkauf. Vom 5.—15. Januar 1921. gebe ich sämtliche Waren zu bedeutend ermäßigten Preisen zum Verkauf. Strumpfwaren, Trikotagen, Handschuhe, Schürzen, alle Weisswaren, Wäsche, Stickereien etc., ein Restposten Handarbeiten, Taschentücher, alle Kurz- und Spielwaren, Mützen und Hüte. Auf alle Artikel gewähre ich 10% Rabatt, bei Einkäufen von 50 Mk. an bis 15%. Kaufhaus Sparquelle. Kätzelehle 39.

Sprechapparate. Schallplatten stets neueste Aufnahmen vorrätig. Reparaturen schnellstens und billig. Schallplattenbruch u. abgesp. Platten werd. gekauft. Wiener & Futter. Breslau 1, Schmiedebrücke 48.

Austrägerin für Nikolaitor gesucht. Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.

Wiederholungen für Zentralheizungen und Behörden. 1. Die Marken 4 und 5 der Bezugscheine für Zentralheizungen, Behörden, Anstalten und Einrichtungen dürfen vom 6. Januar 1921 ab beliefert werden. 2. Die Belieferung von laufenden Marken der Winterlopfenarten und Bezugscheine geht in jedem Falle vor. 3. Die belieferten Marken sind allmonatlich mit der üblichen Abrechnung an das Büro für die Kohlenversorgung einzureichen. 4. Die Marken 1—3 werden am 31. Januar 1921, die Marken 4 und 5 am 30. April 1921 ungültig und dürfen sodann nicht mehr beliefert werden. Der Magistrat.

Inserate haben in der „Schlesischen Arb.-Ztg.“ größten Erfolg.

Volks-Schuh-Haus Gertrud Fischer. Junkernstrasse Nr. 43. Am Christophoriplatz unmittelbar neben der städt. Getreide-Markthalle. Inventur-Ausverkauf! Grosse Posten zu Serien-Preisen zusammengestellt: Damen-Schnür-Stiefel. Ross Chevreau und Rind-Box Normal u. Hochschaft Paar Mk. 98.—. Extra prima Qualität kräftige Strapazier-Stiefel Paar Mk. 125.—. Original Goodyear-Welt (echt auf Rand genäht) Chevreau u. Rind-Box Paar Mk. 150.—. Herren-Schnür-Stiefel. Ross-Chevreau u. Rind-Box Paar Mk. 125.—. Extra prima Qualität Ross-Chevreau und Rind-Box Paar Mk. 150.—. Original Goodyear-Welt echt auf Rand genäht, Rind-Box u. echt Box-Calf Paar Mk. 168.—. Kinder-Schnür-Stiefel. Baby-Stiefel Paar Mk. 10.—, 8.—, 6.—, 5.—. Leder-Stiefel mit Ledersohle Größe 21/22 Mk. 20.—, Größe 18/19 Mk. 18.—. Strapazier-Stiefel, genagelt. Größe 23/24 25/26 27/30 31/35 36/40 Mk. 40.— 45.— 63.— 68.— 100.—. Größe 27/30 31/35. Prima Rindbox Mk. 75.— 85.—. Spottbillige Preise! Damenstiefel, Herrenstiefel, Kinderstiefel in Luxus-Ausführung. Warme Hausschuhe und Schnallenstiefel. Freitag von 1—2 Uhr geschlossen.



Unsere Preise:

Herren- u. Knabenbekleidung

- Herren-Anzüge aus guten, dauerhaften Stoffen, blau und farbig . 425.-, 350.-, **275⁰⁰**
- Herren-Anzüge beste Qual., blau u. farbig 1- u. 2rhg., 795.-, 695.-, 595.-, 545.-, **475⁰⁰**
- Herren-Anzüge erstkl. Qualitäten, mod. Verarbeitung, Größ für Maß . 975.-, **875⁰⁰**
- Gestreifte Beinkleider 195.-, 165.-, 125.-, **95⁰⁰**

- Wäster und Raglans 595.-, 495.-, 395.-, 295.-, **195⁰⁰**
- Fahrmäntel auf warmem Futter . . . **250⁰⁰**
- Jünglings-Anzüge aus guten Strapazierstoffen, mit dauerhaft. Zusätzen, lange Hose, für 11-16 Jahre, 375.-, 325.-, **295⁰⁰**
- Knaben-Anzüge aus guten, farbigen Stoffen, mit glatter Kniehose und Weste 2reihig, Rückengurt, für 10-15 Jahre **345⁰⁰**

- Knaben-Schulanzüge 2reihig, aufgesetzte Taschen, ganzer Gurt, Breecheshose **325⁰⁰**
- Knaben-Kniehosen aus glatt grauem Strapazierstoff, für 13-16 Jahre **75.-**, für 9-12 Jahre **65⁰⁰**
- Knaben-Winter-Mäntel aus guten Stoffen, für 10-15 Jahre **65⁰⁰**
- Knaben-Winter-Mäntel prima reinwollene und halbwoollene Qualitäten 275.-, 215.-, 175.-, **115⁰⁰**

Damen- u. Mädchenbekleidung

- Modell-Mäntel prima Qualitäten, auf Seide gefüttert **695⁰⁰**
- Winter-Mäntel gute wollene Stoffe 495.-, 295.-, 195.-, **98⁰⁰**
- Kleider Crêpe de Chine und Taffet 675.-, 475.-, 375.-, 275.-, **195⁰⁰**
- 1 Posten Kostüme farbig, marine, schwarz, beste Qualitäten zu erstaunlich billigen Preisen

- Seiden-Blusen Crêpe de Chine, Palmette, Seidentrepp, hell und dunkelfarbig **135⁰⁰**
- Boile-Blusen halstfrei, offen u. geschlossen zu tragen **28⁰⁰**
- Woll-Blusen aus guten Stoffen, in vielfältiger Verarbeitung 75.-, 65.-, 55.-, 45.-, 35.-, **25⁰⁰**
- Röcke beste reinwollene und halbwoollene Qualitäten, farbig, marine, schwarz 195.-, 148.-, 98.-, 68.-, **39⁰⁰**

- Mädchen-Mäntel gute Wollstoffe, für 2-10 Jahre . . . 225.-, 175.-, 125.-, **65⁰⁰**
- Mädchen-Mäntel aus Seide, 2-6 Jahre **75⁰⁰**
- Mädchen-Waschkleider weiß und farbig 2-14 Jahre 58.-, 48.-, **38⁰⁰**
- Mädchen-Kleider aus Batist und Boile für Daafische **75.-**, 11-14 Jahre **68.-**, 5-10 Jahre **58⁰⁰**

Damenwäsche Trikotagen Damenstrickjacken Handschuhe Mützen

- Damen-Heimden 49.50, 48.-, **39⁵⁰**
- Damen-Beinkleider . . 39.-, 32.-, **29⁰⁰**
- Damen-Nachthemden **59⁰⁰**
- Weiße Strickereiröcke von **49⁰⁰**
- 1 Posten Damen-Schlupf-Beinkleider u. Reformhosen 29.50, **19⁵⁰**

- Herren-Unterhosen wollgemischt, 19.50, **9⁷⁵**
- Herren-Unterjacken wollgemischt **19⁵⁰**
- 1 Posten Kinder-Unterzeuge 15.50, **12⁵⁰**
- 1 Posten Kinder-Sweater von **13⁵⁰**
- Wollene Damen-Strickjacken 275.-, 195.-, **175⁰⁰**

- 1 Posten Damen- u. Herren-Strickhandschuhe **11⁵⁰**
- 1 Posten Damen-Trikothandschuhe 19.50, 16.50, **11⁵⁰**
- 1 Posten Kinder-Strickhandschuhe **4⁵⁰**
- 1 Posten Knaben-Prinz Heinrich- und Matrosen-Mützen 9.50, **4⁵⁰**
- 1 Posten Herren- und Jünglings-Sportmützen 9.50, **4⁵⁰**

Damen-Pelz-Mäntel und -Jacken

- Stuntstein-Jacken ganz auf Seide gefüttert **1850⁰⁰**
- Mäntel und Jacken aus Seal-eletric, Biberette, Astrachan, mit verschiedenen Besätzen wie schwarz Schmalz, Waschbär, Giefelzige, Dachs, Biberette 6800.-, 7500.-, 6500.-, 5500.-, 4500.-, **3500⁰⁰**

Herren-Geh- und Sportpelze sowie alle Arten Füchse und Garnituren in sämtlichen Fellarten in größter Auswahl!

Verkauf nur gegen bar / Keine Auswahlhendungen / Beachten Sie unsere Auslagen

Auf alle nicht heruntergesetzten fertigen Waren **20 Prozent Rabatt!**

Auf alle nicht heruntergesetzten fertigen Waren **20 Prozent Rabatt!**

Rudolf Petersdorff